Nr. 7. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,50 Mk., monatl. 1,50 Mk. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfg. Postbezug: Monatlich 1,50 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Der Anzeigenpreis
beträgt f. die siebengespaltene Kolonelzeile 60 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Familien-Anzeigen 30 Pfg., politische u. gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 40 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Montag, den 7. Januar 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Kein Missbrauch des Selbstbestimmungsrechts

Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat gestern mittags zusammen, um über die neue durch die Vorgänge in Brest-Litowsk geschaffene Lage zu beraten. Die Beratung gestaltete sich insofern schwierig, als die Materie, der sie galt, sich noch völlig im Flusse befindet und möglicherweise zu gleicher Zeit schon an anderer Stelle ernste Entscheidungen gefallen sein konnten, von denen man gestern nachmittags im Reichstag noch nichts wußte. In der Politik entscheidet der Erfolg, und der Erfolg oder Mißerfolg der in Brest-Litowsk wieder aufgenommenen Verhandlungen wird das gesamte politische Leben aufs tiefste beeinflussen, unter Umständen auf das Gründlichste verändern. Unter welchem Stern aber die wieder angesponnenen Verhandlungen in Brest-Litowsk gestanden hatten, war gestern im Reichstag noch unbekannt.

Nach mehrstündiger Debatte beschloß die Fraktion folgende Kundgebung:

Angesichts der Vorgänge in Brest-Litowsk und des Ansturms der Annexionisten gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erneut, daß ein freundnachbarliches Verhältnis und ein dauernder Frieden nur möglich ist bei ehrlicher Durchführung des demokratischen Grundrechts der Selbstbestimmung der Völker.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb, daß den beteiligten Völkern die freie vollkommen unabhängige Willenserklärung garantiert wird.

Die letzte Entscheidung über die innere und äußere staatsrechtliche Gestaltung der in Betracht kommenden Gebiete muß verfassunggebenden, aus allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen Landesversammlungen oder Volksabstimmungen überlassen werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigt einmütig das Verhalten ihrer Vertreter im Hauptausschuß

und ist entschlossen, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts zum Zwecke verschleierter Annexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die grundsätzliche Stellung unserer Fraktion zu den schwebenden großen Problemen ist hier mit voller eindeutiger Klarheit zum Ausdruck gebracht. Der Versuch der Annexionisten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Zwecke verschleierter Annexionen zu fälschen, wird mit nicht zu überbietender sachlicher Schärfe zurückgewiesen.

Es ist klar, daß dieser Beschluß, der mit Vorbedacht taktische Konsequenzen noch nicht zieht, solche Konsequenzen unter bestimmten Umständen mit Sicherheit zur Folge haben muß. „Die Reichstagsfraktion ist entschlossen, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts zum Zwecke verschleierter Annexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten." Jene, die einen solchen Mißbrauch ins Werk setzen wollen, wissen also, daß sie mit der entschlossenen Gegnerschaft der Sozialdemokratie zu rechnen haben.

Die sozialdemokratische Partei ist sich des ungeheuren Ernstes der Lage vollkommen bewußt. Die unter dem überpatriotischen Banner des Alldeutschtums und der Vaterlandspartei marschierende Reaktion will zu einem entscheidenden Schlage ausholen. Ihr Bestreben geht dahin, die bürgerlichen Parteien unter der gegenwärtigen Regierung oder noch lieber unter einer zu bildenden neuen gegen die Sozialdemokratie zu sammeln, den nationalistischen Terror zu organisieren und ihr außen- und innenpolitisches Programm mit allen Mitteln, die ihr der Kriegszustand zur Verfügung stellt, durchzuführen.

Reichstagsbeschlüsse und Regierungserklärungen für den Frieden sollen in Fetzen gerissen werden. Der preußische Wahlrechtsentwurf soll ihr Schicksal teilen. Alle die, ach so bescheidenen, Fortschritte der sogenannten Neuorientierung hinsichtlich der Gleichberechtigung der Parteien und wirtschaftlichen Organisationen sollen rückgängig gemacht werden. „Los von der Sozialdemokratie!" ist die Parole. Oder noch richtiger „Los auf die Sozialdemokratie!"

Diesen Bestrebungen stehen wir mit ruhiger Entschlossenheit gegenüber. Sie sind heute schon verurteilt, nicht nur in den Augen unserer eigenen Parteigenossen, sondern auch in denen aller Volksgenossen, die sich den Sinn für Rechtlichkeit bewahrt haben. Seit dreieinhalb Jahren verteidigt der sozialdemokratisch gesinnte Teil des deutschen Volkes gemeinsam mit den anderen unter heldenhaften Leistungen und ungeheuren Entbehrungen das Land. Sein Verbrechen ist, sich inmitten dieses jahrelangen Schlachtens nach dem Frieden zu sehnen, für ihn zu wirken und für seine Ueberzeugungen einzutreten.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zeigt, daß sie sich nicht beeinflussen läßt von Einschüchterungsabsichten, die sie kennt. Sie steht dafür ein, daß Erklärungen der Regierung, die im Einklang mit Beschlüssen des Reichstags abgegeben worden sind, ehrlich durchgeführt werden müssen, und sie verteidigt damit, um es wieder und wieder zu sagen, die Ehre der Nation, die an jene Erklärungen gebunden ist. Sie verteidigt die Zukunft der Nation wie nach außen so auch gegen Kräfte im Innern, die sich in kurzsichtiger Verblendung an den wahren Zukunftsinteressen des Volkes aufs schwerste versündigen.

Alle Zeichen sprechen dafür, daß dieser Kampf vor einem neuen Höhepunkt steht. Und darum sind wir froh, daß die Reichstagsfraktion in diesem Augenblick eine klare und feste Sprache geführt hat. Für das, was wir für recht halten und was nach unserer Ueberzeugung dem Wohl des Volkes dient, treten wir ein. Mögen andere ihre Verantwortung mit so gutem Gewissen tragen wie wir die unsere.

Mögen andere sich aber auch darüber klar werden, daß niemand ein Recht hat, das, was das deutsche Volk in dreiundvierzig Friedensjahren aufgebaut und in dreieinhalb Kriegsjahren geschützt hat, aufs Spiel zu setzen. Die Liquidation von „Bethmanns Erbe", die unsere alldeutschen Rückwärtser anstreben, ist die Liquidation des 4. August, den sie stets gehaßt haben, weil sie in ihm eine verpaßte Gelegenheit sehen, zugleich mit dem äußeren Feind auch mit dem „inneren" abzurechnen. Glauben sie diese Gelegenheit jetzt nachholen zu können? Sie werden sich täuschen und Trümmer werden ihren Weg bezeichnen!

Kein Entlassungsgesuch Ludendorffs.

Berlin, 6. Januar. Die in mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, daß das Entlassungsgesuch des Generals Ludendorff vorliege, entspricht nicht den Tatsachen.

Die Nachricht vom Rücktritt Ludendorffs war von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" ausgegangen und von der hiesigen „Deutschen Zeitung" übernommen worden.

Erfolgreicher Vorstoß bei Juvincourt. — 15 Flugzeuge, 4 Fesselballons abgeschossen. — Artilleriekampf in Italien.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 6. Januar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Feuertätigkeit blieb meist gering. Sie steigerte sich vorübergehend an verschiedenen Stellen der Front im Zusammenhang mit Erkundungsgefechten.

Französische Vorstöße in der Champagne wurden im Nahkampf abgewiesen. Bei Juvincourt und nordöstlich von Avocourt brachten eigene nach Feuervorbereitung durchgeführte Unternehmungen ebenso wie ein überraschender Einbruch in die feindlichen Linien westlich von Bezonvaux zahlreiche Gefangene und einige Maschinengewehre als Beute ein.

Im Walde von Ailly versuchten die Franzosen zweimal vergeblich, in unsere Gräben einzudringen.

Am 4. und 5. Januar wurden im Luftkampf und von der Erde aus 15 feindliche Flugzeuge und 4 Fesselballone abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

Beiderseits der Brenta, im Tomba-Gebiet und am Montello zeitweilig Artilleriekampf.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, amtlich, 6. Januar 1918, abends.

Erhöhte Gefechtstätigkeit an der flandrischen Front, südlich von der Scarpe und auf dem Westufer der Mosel. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 6. Januar. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Asiago, im Gebiete des Monte Asolone, des Monte Tomba und des Montello entwickelten sich zeitweise Artilleriekämpfe.

Der Chef des Generalstabes.

Brest-Litowsk.

Verhandlung mit den Ukrainern.

Brest-Litowsk, 5. Januar. Gestern und heute fanden in Brest-Litowsk unverbindliche Besprechungen mit der ukrainischen Abordnung statt, die einen befriedigenden Verlauf nahmen.

Frankreichs Imperialisten atmen auf.

Bern, 5. Januar. Die französische Presse veröffentlicht lange Telegramme über den Verlauf der Unterhandlungen in Brest-Litowsk sowie **Aeußerungen Trotzkis und Kamenews, welche die Bedingungen der Mittelmächte bezüglich Polens, Kurlands und Litauens als unannehmbar bezeichnen.** Die Blätter geben auch einen Artikel von „Iswestija" wieder, wonach die Regierungen der Mittelmächte, obwohl die Unterhandlungen erst acht Tage dauerten, bereits die Maske abgeworfen hätten.

„La Presse" schreibt, die letzten Nachrichten ließen auf eine Zuspitzung der Friedensverhandlungen schließen, erklärt jedoch ausdrücklich, daß man trotz der Schwierigkeiten noch nicht auf ein Scheitern der Verhandlungen schließen dürfe.

„Matin" glaubt aus den letzten überraschenden Nachrichten schließen zu können, daß die Unterhandlungen sehr schwierig verliefen. Ein Konflikt bezüglich Polens, Litauens und Kurlands sei schon bei den letzten Verhandlungen aufgetreten, aber die Bolschewiki hätten die Antwort auf die deutschen Friedensvorschläge nicht veröffentlicht in der Erwartung, in der Zwischenzeit hinter den Kulissen eine Einigung zu erzielen. Da dies nicht geschehen sei, müßten Lenin und Trotzki jetzt eine aggressive und oppositionelle Stellung gegenüber der deutschen Unnachgiebigkeit einnehmen.

„Petit Parisien" schreibt, Graf Hertling habe nicht recht, wenn er im Hauptausschuß des Reichstages gesagt habe, die Lage sei nicht klar. Im Gegenteil, man müsse sich dazu beglückwünschen, daß die Lage sich kläre, wenn man auch mit Voraussagen zurückhalten müsse.

„Temps" stellt an der Hand der ersten Vorberichte über die Sitzungen des Hauptausschusses besonders die Diskretion fest, mit der die Nachrichten über die Sitzungen von der deutschen Presse verbreitet werden. Das Blatt hält den Augenblick für die Entente für gekommen, die Unabhängigkeit Finnlands amtlich anzuerkennen.

Yorck.

„Wo bleibt der Yorck?", so schrie am 2. Januar Fritz Bley in der „Deutschen Tageszeitung" auf. „Wo bleibt der Yorck, dessen die notvolle Zeit bangend und bangend wartet? Ist nicht einer unter allen Paladinen?"

Mit diesen Worten wurde in der alldeutschen Presse der Generalstreik zum Prinzip erhoben: der Streik des Generals.

Streik des Generals — ein gefährliches Prinzip, das uns die alldeutsche Presse da verkündet hat. Wie weit soll es sich nach Ansicht der Alldeutschen erstrecken? Nur auf die „Paladine" des Herrn Fritz Bley? Oder auf alle Generäle? Vielleicht noch weiter? Auf alle Offiziere? Hat doch nach der Friedensresolution des Reichstags der alldeutsche Professor Roethe es mit seinem völkischen Gewissen vereinbart, öffentlich zu erklären, daß er jetzt keine Lust mehr habe zu kämpfen, und schrieb doch nach der deutschen Erklärung in Brest-Litowsk vom 25. Dezember 1917 ein alldeutsches Organ: „Wie kann man unserm herrlichen Volke jetzt noch zumuten weiter zu kämpfen . . ." usf. usf.

Aber bleiben wir beim „Generalstreik", dem von Fritz Bley zum Prinzip erhobenen Streikrecht der „Paladine". Es ist ja nicht einmal Herrn Bleys persönliche Erfindung. Schrie doch schon ein paar Tage vor ihm ein Helgoländer [illegible] in der „Deutschen Zeitung":

Immer wieder, wenn uns das Elend unserer politischen Führung mutlos machte und verzweifeln ließ, haben wir die Blicke zu unseren großen Heerführern erhoben. **Was sagen sie zu Brest-Litowsk?**

Also hier schon die Aufforderung an die Heerführer, die Regierung in der Oeffentlichkeit zu desavouieren. Von Kuckuck zu Franz Bleys „Generalstreik" ist nur ein kleiner Schritt. — — —

An der Front steht seit dreieinhalb Jahren Landsturmmann Krause. Er liest in der „Deutschen Tageszeitung" die Frage „Wo bleibt der York?" Und vor ihm steht die Tatsache, daß die Alldeutschen die „Paladine" des deutschen Volkes zum eigenmächtigen Drauflosgehen, zum Aufsagen des Gehorsams, oder auch zum Aufsagen des Dienstes auffordern. Er hat stumm und still seine dreieinhalb Jahre in Schlamm, Regen und Granathagel ausgehalten, ihm ist es niemals auch nur von ferne eingefallen zu sagen: „Weil mir das Treiben der Alldeutschen daheim nicht paßt, tu ich jetzt, was ich will, nehme ich den Tornister und geh nach Hause."

Er tut unbekümmert seine Pflicht und tut recht. Denn eine Kündigung der Wehrpflicht gibt es nicht. Das gilt aber nicht nur für Landsturmmann Krause, sondern auch für seinen Unteroffizier, seinen Leutnant, seinen Kompagniechef, Obersten und Divisionär, bis herauf zum obersten Paladin! Für sie alle gibt es kein Kündigungsrecht.

Das mögen sich die Franz Bleys und alle Gleichgesinnten merken, die nach dem Streik des Generals verlangen und nach dem York von 1918 Ausschau halten. Wir aber wiederholen, was wir am 3. Januar von einem nach den Wünschen der Alldeutschen handelnden „York" schrieben: „Hinter ihm stände nichts weniger als die Volksmeinung, er würde nur als Werkzeug einer kleinen Schar unzufriedener Eroberungspolitiker handeln."

Der Bürgerkrieg in Südrußland.

Befinden wir uns im Krieg miteinander? — Veränderungen in der Rada. — Kaledin für Waffenstillstand. — Abkommen mit den Donkosaken.

Rotterdam, 5. Januar. Nach „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt „Daily Telegraph" aus Petersburg vom Donnerstag: Die ukrainische Regierung hat den Rat der Volkskommissare um eine ausdrückliche Erklärung ersucht, **ob er sich bereits im Kriegszustande mit der Ukraine befinde.** Die Kommissare antworteten, daß sie **bereit seien, Frieden mit der Ukraine zu schließen und die Unabhängigkeit der Ukraine anzuerkennen,** wenn die ukrainische Regierung darein willige, Kaledin als revolutionsfeindlichen Führer anzusehen und den Durchzug von Truppen gegen Kaledin durch ihr Gebiet zuzugestehen.

In der ukrainischen Regierung finden eigenartige Veränderungen statt. Der Kriegsminister Petulra, der das ukrainische Heer organisiert hat, ist durch den Advokaten Porsh ersetzt worden, während andere Aenderungen die Möglichkeit einer Veränderung des scharfen Gegensatzes, der bis vor kurzem zwischen der Ukraine und den Mittelmächten bestand, durchschimmern lassen.

Amsterdam, 5. Januar. Nach einem hiesigen Blatte meldet „Times" aus Petersburg: Der Bürgerkrieg in Südrußland dauert fort, obwohl Kaledin einen Waffenstillstand unter der Bedingung vorgeschlagen haben soll, daß die Bolschewiki die Streitfrage durch einen Ausschuß untersuchen lassen und die Verfassunggebende Versammlung sofort einberufen.

Andererseits wird berichtet, daß zwischen den Don-Kosaken und der Ukraine eine Regelung zu gegenseitiger Unterstützung zustande gekommen sei. Nach einem Telegramm eines Kommandanten der bolschewistischen Truppen ist die Lage sehr ernst. Kaledin und Kornilow rücken auf Charkow und Woronesch vor.

Bei der Station Rikitowka kam es zu einem heftigen Kampf zwischen den Bolschewiki und den Kosaken. Bei Jekaterinoslaw wird seit fünf Tagen gekämpft. In Nowotscherlask werden aus Flüchtigen aus Petersburg und Moskau neue Truppen zusammengestellt.

Schneeschippzwang auch in Petersburg.

Petersburg, 4. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Infolge starker Schneestürme ist die Ankunft von Lebensmitteln und Kriegslieferungen und ihre Abfuhr auf den Straßen gestört, ebenso der Verkehr der Straßenbahnwagen, Automobile und Wagen. Um die Straßen und Transportwege zu räumen, ist am 4. Januar ein allgemeines öffentliches Arbeitsamt eingerichtet worden. Die Durchführung dieses Planes ist den Regiments- und Eisenbahnerausschüssen übertragen worden. Mit der allgemeinen Ueberwachung der Ausführung dieses Erlasses sind die Bezirks-Sowjets und die Arbeiter- und Bauernabgeordneten beauftragt worden. Leute, welche keine nutzbringende Arbeit tun, werden zuerst zu der Arbeit gezwungen werden.

Also haben wir doch eine Einrichtung in Berlin mit den Bolschewiki gemein!

Drei Milliarden Rubel aus Bankfächern beschlagnahmt.

Petersburg, 5. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Betrieb der Staatsbank ist fast vollständig wieder in Gang und arbeitet vollkommen normal. Es sind 650 neue Beamte angestellt worden, 400 alte Beamte haben die Arbeit wieder aufgenommen. Wie in den Bankgeschäften erfahrene Geldleute vermuten, werden nach einer Ueberprüfung der Geldfächer der Banken **zwei oder drei Milliarden Rubel** in den Staatsschatz der Republik abgeliefert werden können, da viele Fächer Gold enthalten, das laut Erlaß der Regierung der Volksbeauftragten der Beschlagnahme verfallen ist.

Nochmals: Herr von Waldow und die Höchstpreise.

Kleinhandelspreise an Erzeuger gezahlt.

Am 4. Januar veröffentlichten wir eine Erklärung des Kriegsernährungsamts, in der bestritten wurde, daß bei der Sammlung der Hindenburg-Spende in Pommern unter der Aufsicht des damaligen Oberpräsidenten v. Waldow die Höchstpreise überschritten worden seien. Den Ablieferern von Speck, Schmalz und Schinken seien ausschließlich „die für Stettin geltenden Höchstpreise" gezahlt worden. Diese Ausdrucksweise hatte sofort unser Mißtrauen erregt und wir hatten die Vermutung ausgesprochen, daß den Landwirten nicht die Erzeugerhöchstpreise, sondern die Kleinhandelshöchstpreise gezahlt worden seien. Diese Vermutung ist richtig. Sie wird uns vom Kriegsernährungsamt selbst bestätigt, das uns folgende Zuschrift sendet:

In der Ausgabe des „Vorwärts" vom 4. d. Mts. wünschen Sie in der Notiz „Herr von Waldow und die Höchstpreise" eine weitere Aufklärung, inwiefern die Landwirtschaftskammer berechtigt war, die für Stettin geltenden Kleinhandelshöchstpreise **bei der Abnahme der Hindenburg-Spende vom Erzeuger zugrunde zu legen.**

Wir erlauben uns Ihnen hierzu ergebenst folgendes mit der Bitte um Veröffentlichung mitzuteilen.

Nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 der Bekanntmachung zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und für Schweinefleisch vom 14. Februar 1916 (Reichsges.-Bl. S. 99) waren die Gemeinden verpflichtet, Höchstpreise bei der Abgabe an den Verbraucher für die einzelnen Sorten (Stücke) des frischen (rohen) Schweinefleisches, für zubereitetes, insbesondere gepökeltes oder geräuchertes Schweinefleisch, für frisches (rohes) und für ausgelassenes Schweinefett, für gesalzenen und geräucherten Speck sowie für Wurstwaren festzusetzen. Infolge dieser Anordnung waren die in den einzelnen Kreisen festgesetzten Höchstpreise vielfach verschieden. Es fehlte eine gesetzliche Bestimmung darüber, welche Höchstpreise bei einer Verschiedenheit des Wohnsitzes des Verkäufers und des Käufers maßgebend sein sollen.

Zu der Zeit, als die Ablieferung der Hindenburg-Spende in vollem Gange war, befand sich das von der Landwirtschaftskammer in Stettin geübte Verfahren im Einklang mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Zwar hatte der erste Strafsenat des Reichsgerichts im Urteil vom 12. Juli 1915 — 1 D 275. 15 — (abgedruckt in der „Juristischen Wochenschrift" 1915 S. 1445) bei einer Verschiedenheit der Höchstpreise zwischen dem Orte des Käufers und demjenigen des Verkäufers grundsätzlich den Höchstpreis, der am Orte des Verkäufers galt, für maßgebend erklärt. Derselbe Senat erklärte jedoch in späteren Urteilen als maßgebend den Ort der Ablieferung, d. h. denjenigen Ort, in dem die Ware in den Besitz des Käufers übergeht, in der Regel also der Wohnsitz des Käufers (vgl. die in den „Mitteilungen für Preisprüfungsstellen" 1916 S. 188 und 172 abgedruckten Urteile des ersten Strafsenats des Reichsgerichts vom 1. Mai 1916 — 1 D 160. 16 — und vom 21. September 1916 — 1 D 327. 16 —). An dieser Ansicht hielt auch das Urteil des Strafsenats des Kammergerichts vom 12. September 1916, abgedruckt in den „Mitteilungen für Preisprüfungsstellen" 1917 Nr. 2 S. 14, im wesentlichen fest. Allerdings hat der erste Strafsenat des Reichsgerichts später in seinem Urteil vom 18. Januar 1917 — 1 D 565. 16 —, abgedruckt in den „Mitteilungen für Preisprüfungsstellen" 1917 Nr. 4 S. 34 diese Meinung aufgegeben und entwickelt, daß bei einer Verschiedenheit der Höchstpreise zwischen dem Ort der Ablieferung und des Ursprungs der Ware die Preise desjenigen Ortes gelten, an dem die Ware sich befindet, von wo sie geliefert wird. Das Letztere ist aber in der Regel der Ort, an dem der Verkäufer seinen Wohnsitz oder seine Handelsniederlassung hat. Das letztgenannte Urteil erging jedoch zu einer bedeutend späteren Zeit als derjenigen, in der die in der „Liberalen Korrespondenz" besprochenen Vorgänge sich abgespielt haben.

Hiermit dürfte auch der Vorwurf, in den amtlichen Kreisblättern sei unter Angabe ungesetzlicher Preise zur Lieferung aufgefordert, seine Erledigung finden. Dr. Kruk.

Was ist der langen Rede kurzer Sinn? Unsere Vermutung, daß man den Landwirten, also den Erzeugern, statt der Erzeugerhöchstpreise Kleinhandelshöchstpreise bewilligt hat, wird in vollem Umfang als wahr zugegeben. Die „patriotischen" Ablieferer des Hindenburg-Geltes haben also in einer Person den Gewinn des Erzeugers, Großhändlers und Kleinhändlers in ihre Tasche gesteckt, und Herr v. Waldow als Oberpräsident der Provinz Pommern hat dies Verfahren gebilligt. Die langen juristischen Ausführungen, mit denen das Kriegsernährungsamt dies Verhalten zu verteidigen sucht, sind absolut nicht stichhaltig. Es ist richtig, daß das Reichsgericht am 17. April 1917 das unter Herrn v. Waldows Aufsicht eingeschlagene Verfahren verurteilt hat, aber unrichtig ist, daß vorher ein anderer Zustand bestanden hätte, denn in den Urteilsgründen dieser Entscheidung wird ausdrücklich darauf Bezug genommen, daß das Reichsgericht schon wiederholt die Verurteilung von Viehhaltern gebilligt habe, die zu höheren als zu Erzeugerpreisen Schweine an Verbraucher verkauft hatten. Schon wiederholt! Also diese Auffassung des Reichsgerichts bestand nicht erst seit dem 17. April 1917, sondern war schon vorher ständige Uebung gewesen.

Während das Reichsgericht also auf dem Standpunkt stand und steht, daß der Erzeuger auch bei direktem Verkauf an den Verbraucher nur Erzeugerpreise zu beanspruchen habe, hat der Oberpräsident v. Waldow ein Verfahren gebilligt, bei dem die Erzeuger dreifachen Gewinn machten, nämlich den des Erzeugers, des Großhändlers und des Kleinhändlers. Für uns bleibt daher die Tatsache bestehen, daß bei der Ablieferung der Hindenburg-Spende in Pommern eine — und zwar sehr erhebliche — Ueberschreitung der Höchstpreise stattgefunden hat.

Eine halbamtliche Aeußerung zu Brest-Litowsk.

Die Verhandlungen mitnichten abgebrochen.

Berlin, 6. Januar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt unter der Ueberschrift „Ruhige Sicherheit" u. a.: Der Zwischenfall von Brest-Litowsk, der in den Morgenblättern vom Sonnabend zum Teil schon abwarme und groteske Formen anzunehmen begann, ist durch die knappe, aber inhaltsvolle Erklärung, die der Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche im Auftrag des Reichskanzlers im Hauptausschuß abgegeben hat, auf sein richtiges Maß zurückgeführt worden. **Die Verhandlungen sind mitnichten abgebrochen, sie waren nicht einmal zeitweise ganz ausgesetzt.** Was vorliegt, sind einige Wünsche der Russen, die wider alle Formen und Gebräuche vorgebracht wurden, deren Erfüllung dann prompt von unseren Vertretern abgelehnt wurden, die jetzt ordnungsgemäß, aber mit demselben Endergebnis besprochen werden dürften. Was dann weiter geschehen wird, entzieht sich jeder Voraussicht. Es wäre also wieder einmal besser gewesen, keinen Sturm im Wasserglas zu erzeugen, nicht gleich die Vorgänge in den grellsten Rahmen zu kleiden, sondern dessen eingedenk zu sein, daß eine Friedensverhandlung nach einem dreieinhalbjährigen Kriege nicht in den Formen eines Kaffeeklatsches sich abspielen kann und daß diesem ersten Zwischenfall manche andere folgen werden. Wenn man gewissen Zeitungen glauben wollte, dann wäre der Freitag mit der Erklärung des Reichskanzlers der große Tag der politischen Reinigung gewesen, dann wäre an diesem Tage der chirurgische Schnitt gemacht worden, der unserer Politik wieder die Gesundheit gebracht, der unsere Friedensunterhändler auf den rechten Weg gebracht hätte. **Davon kann natürlich keine Rede sein.**

(Wir werden auf diese Ausführungen, die uns bei Redaktionsschluß übermittelt wurden, noch eingehen.)

Förderung deutscher Theaterkultur.

Seine erste öffentliche Kundgebung in Berlin veranstaltete der Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur am Sonntag durch eine im Lessingtheater abgehaltene Versammlung.

Ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Heinrich Schulz zeigte die Ziele des Verbandes. Der Verband will alle Kräfte in Deutschland zusammenfassen, denen es um die Hebung und Förderung des Theaters zu tun ist. Das Theater hat einen hohen kulturellen und sozialen Wert, der aber unter den heutigen Verhältnissen nicht nutzbar gemacht werden kann, weil das Theater ein geschäftliches Unternehmen ist. Nicht lediglich künstlerische Interessen sind maßgebend für die Auswahl der aufzuführenden Stücke, sondern der Kassenerfolg bestimmt den Spielplan. Der Verband erklärt dem Geschäftstheater den Krieg. Er will, daß das Theater eine Sache des gesamten Volkes werde. Eine so große Reform läßt sich aber nicht mit einem Schlage durchführen. Was die Zusammenfassung der Kräfte vermag, das hat uns der Krieg gezeigt. Sollte denn nicht möglich sein, daß Reich, Staat und Gemeinde Mittel zur Hebung des Theaters zur Verfügung stellen? Läßt sich die geistige Not, der seelische Hunger der Massen nicht durch Organisation beben in der Weise, wie wir im Kriege die materiellen Nöte behoben haben? Das ist es, was der Verband will. Dagegen will er nicht eingreifen in das künstlerische Schaffen. Er will nicht einseitige literarische Ziele verfolgen, keine bestimmte Kunstrichtung propagieren. Demnach verlangt der Verband kein Bekenntnis zu einer bestimmten geistigen oder künstlerischen Richtung, sondern eine von eigensüchtigen und geschäftlichen Interessen freie Bühne für Theater.

Stefan Großmann behandelte das Thema: Dichter und Publikum. Er sagte unter anderem: Die heutigen Theaterverhältnisse bringen es mit sich, daß der Dichter oft nicht das Publikum findet, zu dem er sprechen möchte. So sagte Anzengruber: „Ich bin ein Volksdichter ohne Volk". Gerade die besten Dichter leiden unter dieser Not. Es gibt ja Autoren, die mit dem heutigen Theaterpublikum zufrieden sind. Aber höchst unzufrieden wird die Zukunft mit diesen Autoren sein. Wenn unsere Bestrebungen verwirklicht werden, dann finden auch die Dichter, die dem Volke etwas [illegible]gen haben, ihr Publikum. Dem Kriege wird eine Zeit angeh[illegible]gtester Arbeit folgen. Das ist nicht günstig für das künstlerische Theater. Kunst braucht Muße. Diese ist für das kunstgenießende Publikum ebenso notwendig wie für den schaffenden Künstler. Wenn nun nach dem Kriege die Welle der Genußsucht heranflutet, wenn durch Arbeit ermüdete Menschen nach Lusttaumel verlangen, dann werden Kaffeehäuser, Tingeltangel, minderwertige Kinos eine Blütezeit erleben. In dieser Zeit muß der Verband das Publikum zu fassen suchen, um dem wüsten Taumel entgegenzuwirken und den nach Erholung und Genuß Dürstenden den reinen Trank echter Kunst darzubieten. Aus diesem Grunde muß die Arbeit des Verbandes gerade jetzt einsetzen.

Dr. v. Erdberg sprach über Theater und Volksbildung. Er führte aus: Volksbildung könne nicht wie eine Uniform jedem in gleicher Weise zugeteilt werden, sondern man treibe Volksbildung, indem man den einzelnen gemäß seiner Anlagen und Kräfte zur höchsten Vollkommenheit ausbilde. In diesem Sinne solle auch das Theater der Volksbildung dienen. Das Volk sei mitberufen zum Hüter und Förderer der Kultur. Die Freiheit der Kunst werde durch die Bestrebungen des Verbandes nicht gefährdet. Der Bühne solle Raum geschaffen werden zur Erfüllung einer Mission, die die Zeit von ihr fordert.

Gustav Rickelt sprach über: Schauspieler und Theaterkultur. Wir Schauspieler — sagte er — sind der Meinung, daß das heutige Theater seine Kulturaufgaben nicht erfüllen kann, weil es als Geschäft betrieben wird und weil es den Schauspielern und Bühnenleitern im allgemeinen an der nötigen Vorbildung fehlt. Für alle anderen Künste gibt es staatliche Bildungsstätten, aber nicht für die Bühnenkunst. Die Ausbildung der Schauspieler ist privaten Instituten und Unternehmern überlassen wie das ganze Theater. Fachleute erkennen an, daß das Theater auf einer höheren Stufe stehen könnte, wenn Schauspieler und Bühnenleiter die erforderliche Ausbildung hätten. So wie man Präparandenanstalten und Seminare zur Ausbildung der Lehrer hat, so müssen auch für die Ausbildung der Bühnenkünstler staatliche Seminare geschaffen werden. Das Theater muß vom Geschäft unabhängig gemacht werden. Wenn jede Stadt mit einer bestimmten Einwohnerzahl ein Gymnasium errichten muß, um das Bildungsbedürfnis ihrer Einwohner zu befriedigen, so müßte auch, um dem Kunstverlangen Rechnung zu tragen, in jeder Stadt ein Theater errichtet werden, welches die Gemeinde oder der Staat zu finanzieren hätte.

Die Ausführungen der Referenten wurden mit Beifall aufgenommen. Nur Rickelts Forderung: Staatliche Schauspielerseminare zu errichten, fand Widerspruch. — Die Aussprache über die Referate soll in einer späteren Versammlung stattfinden.

Walhalla-Theater: „Am goldenen Horn".

Zurzeit ist „türkisch" bei uns Trumpf. Außer der „Kaiserlich osmanischen Palast-Kapelle", die sich inzwischen schon einmal hat hören lassen, spielt Leo Falls „Rose von Stambul" im Metropoltheater und seit Sonnabend die „moderne türkische Ausstattungsoperette" „Am Goldenen Horn" im Walhallatheater. Das scheint ein bißchen viel auf einmal — da nur das wohlin genommte Orchester als unverfälscht türkisch angesprochen werden kann.

Wir waren einigermaßen gespannt, etwas modern Türkischem zu begegnen — wie in Aussicht gestellt. Allein damit war es nichts. Denn daß eine Türkin glutvolle Liebe geben und verlangen kann, und daß die Männer dort ebenso flatterhaft und untreu sein sollen wie im Abendlande, das sind ziemlich bekannte Dinge. Im übrigen geht es in diesem „Goldenen Horn" sehr europäisch zu. Dieselben Requisiten, dieselben Puppen. Und dieselbe Musik? Zum wenigsten derselbe Ton, der hier die Musik macht. Beyler Bey (zu deutsch Herr Beyler) ist zweifellos mit Bosporuswasser getauft oder doch am Goldenen Horn gut bewandert. Davon zeugen eine Anzahl echt orientalischer Lieder, Marschrythmen und Couplets, für die entweder die weiche Molltonart oder ihr sinnberückendes Kolorit und das ständig umschlagende Zeitmaß charakteristisch sind. In der Harmonisierung und Instrumentation hingegen lassen sich die europäischen Musikeinflüsse mühelos erkennen. Teils vernimmt man darin neben der dünnen, mehr solistischen Begleitung (Geige, Cello, Piccoloflöte, Harfe usw.) neuromantische Figurationen, und in allem, was sonst noch Musik heißt, die nun schon (den Göttern sei's geklagt) zum Schablonismus erstarrte Pointierung der Gesangs- und Orchesterstücke. Einzelnes, z. B. der Schleiertanz, klingt also, wo nicht durchaus neu, doch original ins Ohr. Im großen ganzen aber geht nichts vor, was uns nicht aus Wiener und Berliner Operetten der letzten Jahre bekannt wäre.

Die Aufführung, für die Fritz Digruber als Spielleiter und Felix Witzleben als Kapellmeister zeichnen, war „Provinz" im guten wie im schlechten Sinne. Olga Sondra (junge Türkin), Klara Berger (komische Alte), Heinz Trettow, Marko Schwarz und Fritz Digruber vor allen verhalfen der Neuheit zu einem hübschen Erfolg. Striche, namentlich im Mittelakt, könnten mancherlei Langweiligkeiten beseitigen. ek.

Lloyd George an die Arbeiterpartei.

Henderson für die Bolschewiki.

London, 6. Januar. Nach einer Reutermeldung berief Lloyd George gestern die Vertreter der Gewerkschaften zu sich und gab diesen die Erklärung über die Kriegsziele, in der er u. a. folgendes sagte:

Wir sind an der kritischsten Stunde dieses furchtbaren Kampfes angelangt und bevor eine Regierung eine schwerwiegende Entscheidung über die Bedingungen faßt, unter welchen sie den Kampf beendigen oder fortsetzen soll, muß dem Genüge getan werden, daß das Gewissen der Nation hinter diesen Bedingungen steht. Lloyd George erklärt dann weiter, daß er die Fragen der Kriegsziele mit Asquith, Grey sowie einigen Vertretern der großen überseeischen Dominien beraten habe, so daß das Ergebnis dieser Erörterungen Anspruch darauf habe, nicht allein als Auffassung der Regierung, sondern der Nation und des ganzen Reiches zu gelten. Er sagte: Wir führen keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk, das von seinen Führern überzeugt wurde, es kämpfe einen Verteidigungskrieg gegen eine Vereinigung neidischer Völker, die auf die Zerstörung Deutschlands aus sind. Das ist nicht der Fall. Eine Zerstörung Deutschlands oder des deutschen Volkes war niemals unser Kriegsziel vom ersten Tage des Krieges an bis heute. **Das englische Volk hat niemals eine Trennung der deutschen Stämme oder die Auflösung des deutschen Staates oder Landes beabsichtigt.**

Deutschland hatte eine große Stellung in der Welt. Es ist nicht unser Wunsch oder unsere Absicht, diese Stellung in der Zukunft in Frage zu stellen oder zu zerstören, sondern Deutschland von seinen Hoffnungen und Plänen einer militärischen Beherrschung abzulenken, damit es alle seine Kraft den großen gemeinnützigen Aufgaben der Welt widme.

Ebenso kämpfen wir nicht, um Oesterreich-Ungarn zu zerstören oder die Türkei ihrer reichen berühmten Besitzungen in Kleinasien und Thracien, die vorwiegend von der türkischen Rasse bewohnt sind, zu berauben.

Ebensowenig sind wir in diesen Krieg eingetreten, lediglich um die Verfassung des Deutschen Kaiserreiches abzuändern und zu zerstören. Das ist eine Sache, die das deutsche Volk zu entscheiden hat.

Zu den

Erklärungen des Grafen Czernin,

die dieser am 25. Dezember 1917 im Namen Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten abgab, sagte Lloyd George: Diese ist bedauerlich unbestimmt. Klingende Worte allein über die Formel: „Keine Annexionen und keine Entschädigungen oder das Recht auf Selbstbestimmung" sind zwecklos. Bevor irgendwelche Verhandlungen überhaupt begonnen werden können, müssen sich die Mittelmächte der wesentlichen Tatsachen der Lage bewußt werden.

Die ersten Forderungen, die daher die britische Regierung und ihre Verbündeten immer vorangestellt haben, sind die **vollständige Wiederaufrichtung Belgiens,** und eine solche **Entschädigung** für seine verwüsteten Städte und Provinzen, wie sie geleistet werden kann. Dies ist nicht die Forderung einer Kriegsentschädigung, wie sie Deutschland im Jahre 1871 Frankreich auferlegt hat, es ist auch kein Versuch, die Kosten der Kriegshandlungen von einem Kriegführenden auf den anderen zu schieben, es ist nicht mehr und nicht weniger, als das feste Bestehen darauf, daß, bevor es irgend eine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden geben kann, dieser große Bruch des öffentlichen europäischen Rechtes seine Zurückweisung erfahren und soweit als möglich gutgemacht werden muß. Solange das internationale Recht nicht durch das Beharren auf Ersatz von Schaden, der in Nichtachtung seiner Grundlagen zugefügt wurde, anerkannt ist, kann es niemals Wirklichkeit sein.

Als Nächstes kommt die **Wiederherstellung Serbiens, Montenegros,** sowie der besetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumäniens, vollständige Zurückziehung der feindlichen Armee. Wiedergutmachung von Unrecht, ist die grundlegende Bedingung für einen dauernden Frieden. **Wir werden bis zum Untergange an der Seite der französischen Demokratie stehen,** in deren Verlangen nach Wiedererwägung (reconsideration) des großen Unrechts von 1871, wo ohne Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung zwei französische Provinzen aus Frankreich herausgerissen und dem Deutschen Reich für ein halbes Jahrhundert einverleibt wurden, und bis dieses nicht geheilt ist, können gesunde Zustände nicht wieder eintreten.

Rußland ist nunmehr dabei, ohne Verbindung mit den Ländern, die es in den Krieg gezogen hat, Sonderverhandlungen mit dem gemeinschaftlichen Feind zu führen. Ich mache keine Vorwürfe, ich führe lediglich Tatsachen an. **Niemand, der Preußen und seine Absichten auf Rußland kennt, kann einen Augenblick über seine letzten Absichten im Zweifel sein. Was für Phrasen es auch immer gebrauchen möge, um Rußland einzuwickeln, es liegt nicht in seiner Absicht, eine der Provinzen und Städte Rußlands, die es jetzt besetzt hält, zurückzugeben.** Unter einem oder anderem Namen, welchem ist ja gleichgültig, werden diese russischen Provinzen künftig in Wirklichkeit den Teil eines preußischen Reiches bilden und das übrige Volk Rußlands wird, teils durch blendende Worte verlockt, teils durch Drohungen über die Fortsetzung des Krieges geschreckt, in einen Zustand vollständiger wirtschaftlicher und später auch politischer Sklaverei gegenüber Deutschland getrieben werden. Wir alle bedauern diese Aussicht. Die Demokratie Englands beabsichtigt bis zum Letzten den Demokratien Frankreichs und Italiens und aller unserer Verbündeten beizustehen.

Wir werden stolz sein, bis zum Ende Seite an Seite mit der neuen Demokratie Rußlands zu kämpfen. Dasselbe will Amerika, Frankreich und Italien, aber wenn die gegenwärtigen Machthaber Rußlands unabhängig von ihren Verbündeten etwas unternehmen, so haben wir keine Mittel, einzuschreiten, um die Katastrophe aufzuhalten, der ihr Land sicherlich verfallen muß. Wir glauben jedoch, daß ein

unabhängiges Polen,

das alle jene wahrhaft polnischen Elemente umfaßt, die wünschen, einen Teil davon zu bilden, eine dringende Notwendigkeit für das Gleichgewicht in Osteuropa ist. Gleicherweise und obwohl wir mit Wilson übereinstimmen, daß die Auflösung Oesterreich-Ungarns kein Teil unserer Kriegsziele ist, bin ich der Meinung, daß, wenn nicht eine Selbstregierung auf Grund wirklich demokratischer Grundsätze jenen österreich-ungarischen Nationen gewährt wird, die dies solange gewünscht haben, es unmöglich ist, auf eine Beseitigung jener Ursachen in diesem Teile Europas, die so lange seinen allgemeinen Frieden bedroht haben, zu hoffen. Aus denselben Gründen betrachten wir die Befriedigung des natürlichen Anspruches der Italiener auf Vereinigung mit dem Volke gleicher Rasse und Sprache als notwendig. Ebenso beabsichtigen wir, darauf zu bringen, daß den Leuten rumänischen Blutes und rumänischer Sprache in ihren berechtigten Bestrebungen Gerechtigkeit getan werde.

Außerhalb Europas glauben wir, daß dieselben Grundsätze zur Anwendung kommen sollen. Während wir keineswegs die Aufrechterhaltung des türkischen Reiches in der Heimat der türkischen Rasse mit Konstantinopel als Hauptstadt in Frage stellen wollen, sind **Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina,** wenn die Durchfahrt zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelländischen Meer internationalisiert und neutralisiert ist, unserem Urteil gemäß berechtigt, eine Anerkennung ihrer besonderen nationalen Bedingungen zu erhalten. Welche Form diese Anerkennung in jedem einzelnen Fall annehmen soll, braucht hier nicht erörtert zu werden, es soll nur festgestellt werden, daß es unmöglich sein würde, die Länder, die ich schon erwähnt habe, unter die frühere Souveränität zurückzugeben. Es wurde viel über die Vereinbarungen, die wir mit unseren Verbündeten über diese und andere Gegenstände eingegangen sind, gesprochen. Ich kann nur sagen, daß wenn neue Umstände wie der russische Zusammenbruch und die russischen Sonderverhandlungen die Bedingungen veränderten, unter welchen unsere Vereinbarungen gemacht waren, wir immer bereit waren, sie mit unseren Verbündeten zu besprechen.

Was die **deutschen Kolonien** anbelangt, so habe ich wiederholt erklärt, daß sie zur Verfügung der Konferenz gehalten werden, deren Entschließung in erster Linie Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der eingeborenen Bewohner dieser Kolonien nehmen muß. **Keines dieser Gebiete ist von Europäern bewohnt. Daher muß das Hauptgewicht darauf gelegt werden, daß in allen diesen Fällen** die Einwohner einer ihnen annehmbaren Verwaltung unterstellt werden, deren Hauptaufgabe es sein wird, ihre Ausnützung im Interesse der europäischen Kapitalisten zu verhindern. Die deutsche Erklärung, daß die Eingeborenen in den deutschen Kolonien durch militärische Treue während des Krieges Anhänglichkeit und den Entschluß gezeigt haben, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ist nicht auf die deutschen Kolonien im allgemeinen anzuwenden, sondern nur auf eine davon und in diesem Falle (Deutsch-Ostafrika) haben sich die deutschen Behörden nicht die Anhänglichkeit der eingeborenen Bevölkerung im ganzen, die eine tiefe Abneigung gegen die Deutschen hat und haben wird, gesichert, sondern nur die einer kleinen kriegerischen Klasse, aus der sie ihre Soldaten oder Askaris gewählt haben.

Schließlich muß eine Gutmachung des in **Vergewaltigung des internationalen Rechts** angerichteten Schadens eintreten. Die Friedenskonferenz darf nicht unsere Seeleute und die Dienste vergessen, die sie der gemeinsamen Sache der Freiheit geleistet, sowie die verbrecherischen Taten, unter denen sie gelitten haben. Es wird auf der ganzen Welt eine Knappheit an Rohmaterialien eintreten, die immer größer wird, je länger der Krieg dauert und es ist unvermeidlich, daß jene Länder, die den Markt für Rohprodukte beherrschen, in erster Linie sich selbst und ihren Freunden werden helfen wollen.

Solange die Möglichkeit eines Streites zwischen den Völkern weiterbesteht, d. h. solange Männer und Frauen von Leidenschaften und Ehrgeiz beherrscht werden, und der Krieg das einzige Mittel ist, Streitigkeiten zu schlichten, müssen alle Nationen unter der Last leben, nicht nur von Zeit zu Zeit in einen Krieg einzutreten, sondern auch unter dem Zwang stets für seinen möglichen Ausbruch vorbereitet zu sein. Aus diesen und ähnlichen Gründen sind wir sicher, daß ein großer Versuch gemacht werden muß, zur

Errichtung einer internationalen Organisation,

eine Alternative für den Krieg als Mittel internationale Streitigkeiten zu schlichten, zu schaffen.

Wenn wir gefragt werden, wofür wir kämpfen, so können wir sagen, für einen gerechten dauernden Frieden, und wir glauben, daß bevor ein solcher erhofft werden kann, die folgenden Bedingungen erfüllt werden müssen. Erstens: muß die Heiligkeit von Verträgen aufgerichtet werden, zweitens: muß eine Schlichtung von Gebietsfragen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts oder der Zustimmung der regierten Völker gesichert werden, und schließlich müssen wir durch Schaffung einer internationalen Organisation suchen, die Last der Rüstungen zu beschränken und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu vermindern. **Unter diesen Bedingungen würde das britische Reich einen Frieden willkommen heißen, und um diese Bedingungen sicherzustellen, sind seine Völker bereit, noch größere Opfer zu bringen, als die bisher gebrachten.**

Hendersons Bekenntnis zum demokratischen Frieden.

In einer Besprechung dieser Rede sagte Henderson, die Arbeiterschaft würde sie insofern willkommen heißen, als sie eine klare Feststellung über die Ziele sei, für deren Verwirklichung wir den Krieg fortsetzen.

In einigen Beziehungen, sagte er, verkörpert sie die erklärten Grundsätze und Ziele, welche die Arbeiterschaft bei der neulichen Konferenz als die wesentlichen Kriegsziele festgestellt hat. Die Arbeiterschaft besteht, wie sie immer bestanden hat, auf der vollständigen Freiheit und Unversehrtheit Belgiens, Serbiens, Rumäniens und Montenegros und auf der Schaffung einer festen Grundlage für einen **Bund der Nationen und Völker** zum Zweck der Abrüstung und Verhütung künftiger Kriege. Dieses stellt unsere Mindestforderung dar, welche keine Einschränkung duldet, und wenn wir dies erreichen, wünschen wir die vollständige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und die völlige Abstandnahme von allen Versuchen hinsichtlich eines Wirtschaftskrieges oder Boykotts.

Insofern als die Erklärung des Premierministers mit diesen Grundsätzen übereinstimmt, heißen wir sie willkommen und sind überzeugt, daß keine andere Regelung vereinbar sein kann mit dem zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einem Frieden, welcher, wie er sagt, nicht den Samen künftiger Kriege in sich enthalten wird. Indem er die Stellung der britischen Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Krisis näher beleuchtete, sagte Henderson, ihre Ziele seien dieselben wie im Jahre 1914, nämlich die **Vernichtung des Militarismus nicht nur in Deutschland, sondern überall.** Dies kann nur erreicht werden durch ein klar begründetes gemeinsames Abkommen zwischen den Völkern und eine Regelung auf den Grundzügen internationaler Gerechtigkeit. **Die englische Arbeiterschaft heißt die sechs Haupt-Grundsätze warm willkommen, welche durch die russische Regierung niedergelegt worden sind.** Sie verwirft ebenso vollständig wie die Bolschewiki selbst jeden Gedanken, der aus dem Kriege nationalistischen oder imperialistischen Nutzen ziehen möchte. **Im wesentlichen stimmen wir mit den Bolschewiki überein,** ebenso mit Wilson, wie wir aus der von ihm veröffentlichten Erklärung schließen. Aber begreiflicherweise wird nach dem Kriege dieser große Umfang der Anwendung dieser Grundsätze ungeheuer verwickelt werden. Auf dieser Frage der Anwendung beruht, wie wir wissen, eine sehr günstige Gelegenheit für jegliche Art

hinterlistiger und falscher Vorwände.

Gerade hatten wir ein Beispiel dafür in den **deutschen Vorschlägen über Polen und Litauen.** Wir, die britische Arbeiterpartei, sind aufrichtig und wir haben nicht die Absicht, irgend einen falschen Vorwand zu dulden. Wir fordern die russischen Kameraden auf, überzeugt zu sein, daß die britische Arbeiterschaft im guten Glauben handelt und daß wir auf unserer Hut sind vor jeder Verdrehung unserer Grundsätze durch unheilvollen und imperialistischen Ehrgeiz.

Henderson schloß: Ich will jetzt noch einen dringenden und bestimmten **Appell an die russischen Kameraden richten.** Wenn sie irgendeine Grundlage der Verständigung mit den Mittelmächten für einen allgemeinen Frieden erzielen, so ersuche ich sie, darauf zu bestehen, daß die Mittelmächte diese Grundlage zur Erwägung allen Regierungen und Völkern, die es angeht, unterbreiten werden. Sie können sich dann darauf verlassen, daß die Vertreter der britischen Arbeiterschaft alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um darauf zu sehen, daß sie eine deutliche, ehrliche und begründete Antwort erhalten.

Die Nationalliberalen für Militärfrieden.

Die Vertreterversammlung der nationalliberalen Organisationen der Provinz Brandenburg und Berlins hat am Sonntag folgendes beschlossen:

Die zahlreich besuchte Vertreterversammlung der nationalliberalen Organisationen der Provinz Brandenburg und Berlins spricht ihre volle Uebereinstimmung mit der Auffassung der nationalliberalen Reichstagsfraktion dahin aus, daß für die Frage der deutschen Grenzsicherung nach Osten und Westen **die Forderungen der Obersten Heeresleitung maßgebend sein müssen.** Sie ist überzeugt, daß nicht nur die Nationalliberalen im Reiche, sondern die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes nur in einem solchen Frieden die Gewähr für eine deutsche Zukunft sehen würde, **dem Hindenburg und Ludendorff zustimmen.** Angesichts der gegenwärtigen Schicksalsstunde unseres Volkes und Reiches fordern wir alle Freunde des Vaterlandes auf, sich mit uns zu vereinigen, um in machtvollen Kundgebungen den Gedanken eines auf der Grundlage der deutschen Siege zu erringenden Friedens zum Ausdruck zu bringen.

Danach bestehen für die Nationalliberalen politische Gesichtspunkte für den Friedensschluß überhaupt nicht mehr. Die Frage, in welchem Verhältnis Deutschland künftig zu seinen russischen Nachbarn stehen wird, wiegt ihnen nichts gegenüber der „militärischen Sicherung", die der hypnotische Punkt für alles Alldeutschtum ist. Wir sehen in der Ueberschätzung der rein militärischen und der Unterschätzung aller völkerpsychologischen Momente die schwerste Gefahr für die Zukunft des Deutschen Volkes.

Böse Beispiele verderben gute Sitten.

Zum Zusammenbruch des Systems Waldow.

Auch die Gemeinden fangen jetzt an, die rationierten Waren weit über den Höchstpreis zu verkaufen. In den Gemeinden des Amtes Brackel (Landkreis Dortmund) wurde diese Woche Butter verkauft das Pfund zu 5,20 M. Es handelt sich beileibe nicht um Auslandsbutter, die ja gelegentlich überall zu höheren Preisen verkauft wurde, sondern die Herkunft der Butter ist aus der Molkerei Rothenkirchen, die sich als die größte Molkerei Deutschlands bezeichnet. Es wäre daher interessant, zu erfahren, wie diese ungeheuerliche Ueberschreitung des Höchstpreises für Butter gerechtfertigt werden soll. — Für das Pfund Wicken, sehr unsaubere Ware, erheblich mit Hafer vermischt, die in der Tat nur als Viehfutter gelten könnten, oder als Hülsenfruchtnährmittel verkauft werden, müssen im Ruhrrevier und wohl auch anderwärts 1,20 M. gezahlt werden, mit 20 Pf. für das Pfund wären sie selbst jetzt zur Kriegszeit sehr gut bezahlt. Auch sonst sind schon Ueberschreitungen der Höchstpreise vorgekommen, beispielsweise mußten Graupen das Pfund bis zu 14 Pf. über den Höchstpreis bezahlt werden. Wie gesagt, es handelt sich um Waren, die rationiert und durch die Gemeinden zur Verteilung gebracht werden!

Letzte Nachrichten.

Brest-Litowsk.

Ablauf der 10-Tage-Frist.

Brest-Litowsk, 6. Januar. Gestern Abend ist folgender Funkspruch in deutschem Klartext abgesandt worden:

„An die russische Delegation zu Händen ihres Vorsitzenden Herrn Joffe, Petersburg.

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Leitsätze für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Leitsätze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen Friedens bekanntmachen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 1. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Die Vorsitzenden der verbündeten Delegationen.

Gezeichnet v. Kühlmann für Deutschland — Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn — Popow für Bulgarien — Messimy Bey für die Türkei."

Engelbert Pernerstorfer gestorben.

Wien, 6. Januar. Der sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete und Vizepräsident des österreichischen Abgeordnetenhauses Engelbert Pernerstorfer ist achtundsechzigjährig gestorben.

In spätester Stunde erhalten wir diese erschütternde Kunde. In Engelbert Pernerstorfer verliert die österreichische Sozialdemokratie einen Freund, der für sie in schwerster Zeit gekämpft hatte, noch ehe er als Parteigenosse in ihre Reihen eintrat. Ein aufrechter, treuer Kämpfer für Volksfreiheit ist mit ihm hingegangen.

Auch die Berliner Arbeiterschaft kannte Pernerstorfer aus manchen Versammlungen und liebte ihn und seine Art. Sie und die ganze deutsche Sozialdemokratie vereint sich mit der österreichischen Bruderpartei im Schmerz über den unersetzlichen Verlust.

Groß-Berlin

Kriegsbeschädigte gegen Vaterlandspartei.

Zu einer erneuten Abrechnung der Kriegsbeschädigten mit der Deutschen Vaterlandspartei gestaltete sich eine sehr stark besuchte Versammlung, die der Bezirk Wilmersdorf des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer am Sonntag nach den Prachtsälen des Westens berufen hatte. Auf Einladung waren mehrere Redner der Vaterlandspartei erschienen; die Tagesordnung lautete: „Frieden und Vaterlandspartei, Kriegsteilnehmer und gleiches Wahlrecht". Der Referent, Dr. Basin, legte, oftmals von stürmischem Beifall unterbrochen, die Forderungen der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer dar, die nach außen einen baldigen Frieden der Verständigung, nach innen Beseitigung aller Klassenvorrechte verlangen. Scharf rechnete der Referent mit der Vaterlandspartei ab, deren Anhänger das drohende Scheitern der Verhandlungen in Brest-Litowsk mit Jubel begrüßt haben. Großes Aufsehen erregte ein Zirkular, das der Referent verlas, und aus dem hervorgeht, wie die angeblichen Aeußerungen von Feldgrauen, mit denen die Vaterlandspartei vor der Oeffentlichkeit hausiert, irgendwelchen vorgeschobenen Personen in die Feder diktiert werden.

In der Diskussion sprach zunächst im Namen der Vaterlandspartei deren Generalsekretär, Herr Axel Ripke. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung nach besseren Grenzsicherungen. Unter den Kriegsbeschädigten fand er keine Zustimmung. Ihm entgegnete der Bundesvorsitzende Kuttner, welcher der Forderung der Grenzsicherung die Forderung der Friedenssicherung entgegensetzte und weiter unter lebhafter Zustimmung der Versammelten die Empörung schilderte, die unter den Soldaten die ewige Berufung der Vaterlandspartei auf die Feldgrauen auslöse.

Ein zweiter Redner der Vaterlandspartei, Dr. Schiele, forderte mit mehreren Aeußerungen den stürmischen Protest der Versammlung heraus und verzichtete bald aufs Wort. Schriftsteller H. v. Gerlach fertigte Herrn Ripke unter großer Heiterkeit der Zuhörer ab. Als letzter Diskussionsredner sprach der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Neumann-Hofer. Er erwähnte u. a. die jüngste Einladung der Vaterlandspartei an die Fortschrittliche Volkspartei zum Beitritt. Seine Partei werde diese Einladung auf das entschiedenste zurückweisen und unbedingt an dem Grundsatz des Verständigungsfriedens und der Mehrheitsresolution des Reichstags festhalten. — Eine Resolution, in der der Verständigungsfrieden und das gleiche Wahlrecht für Preußen, frei von allen Beschränkungen der einjährigen Ortsansässigkeit, der dreijährigen Staatszugehörigkeit usw. gefordert wird, fand gegen wenige Stimmen Annahme.

Der Verlauf der Versammlung ist ein erneuter Beweis dafür, daß die Kriegsteilnehmer durch die Lockreden der Vaterlandspartei nicht einzufangen sind, sondern an dem Grundsatz des Verständigungsfriedens und der demokratischen Ausgestaltung Deutschlands-Preußens festhalten. „Die Ansicht der Kriegsteilnehmer ist ausschlaggebend!" rief neulich die hochannexionistische „Deutsche Zeitung" aus. Möge sie selber nunmehr die Folgerung aus diesem Grundsatz ziehen!

Berlin, das Schlaraffenland der Arbeiter!

Das Wochenblatt für Lingen (Rheinld.) schreibt über das Berliner Weihnachtsgeschäft. Der Leser wird sich versucht fühlen, sich beim Lesen folgender Zeilen am Stuhle festzuhalten:

„Die Preise für Lebensmittel, die unter der Hand gekauft wurden, waren einfach unverschämt. Fettgänse unter der Hand kosteten in Berlin 200 M. Nur Arbeiter konnten sich diesen Luxus leisten. Für Schokolade wurden sogar 20 M. für das Pfund bezahlt und für Konfekt noch weit mehr."

Es ist unbegreiflich, daß die Herren Redakteure, anstatt sich in Lingen mit dem Mästen von Zeitungsenten abzuquälen, nicht nach dem Eldorado Berlin kommen, um sich hier als Arbeiter ein Ränzlein anzumästen.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland teilt uns mit: Für die am Montag abend um 8 Uhr im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses stattfindende Versammlung des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland" sind als Redner gewonnen worden die Herren Legien, 1. Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, M. d. R., Stegerwald, Gewerkschaftssekretär, M. d. H., und Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Troeltsch. Infolge des lebhaften Interesses für die Versammlung sind Eintrittskarten bei der Geschäftsstelle, Berlin W. 30, Rollendorfstr. 29/30, nur noch in ganz beschränkter Anzahl zu haben.

Verkauf von städtischen Blusen. Der Verkauf der Berliner Magistratsblusen in den Detailgeschäften wird voraussichtlich Mitte dieses Monats beginnen. Der genaue Termin wird noch bekanntgegeben. Die Ausgabe der Bezugscheine findet bei den gewöhnlichen Bezugscheinstellen statt, nicht etwa durch den Verein der Textildetaillisten Groß-Berlins. Augenblicklich sind aber Anträge noch verfrüht und daher zwecklos.

Britz. Lebensmittel. In der Woche vom 7. bis 13. Januar gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Ausgabe auf: Abschnitt 89: Hülsenfrüchtmehl (100 Gramm je Person); Abschnitt 90: Brotaufstrich (1 Dose für Haushaltungen bis 4 Personen, 2 Dosen für Haushaltungen über 4 Personen); Abschnitt 91: Würztunke (2 Pakete für Haushaltungen bis 4 Personen, 1 Paket Morgentrank für Haushaltungen über 4 Personen); Abschnitt 92: Tee (2 Pakete je Haushalt); Abschnitt 1: Bouillonwürfel (2 Stück je Person); Abschnitt 2: Fleischextrakt (160 Gramm für Haushaltungen bis 4 Personen, 240 Gramm für Haushaltungen über 4 Personen); Abschnitt 3: Obstmarmelade (½ Pfund je Person ab Donnerstag, nur bei den Kleinhändlern); Abschnitt 4: Sonderzuteilung.

Ferner werden abgegeben: Pfeffer, Gurken, Scholle in Aspik, Fischklöße, Muschelfleisch usw. Die Abgabe der Waren erfolgt auf die Lebensmittelausweise Nr. 1—900 am Montag, Nr. 901—1800 am Dienstag, Nr. 1801—2700 am Mittwoch, Nr. 2701—3700 am Donnerstag, Nr. 3701 bis Schluß am Freitag.

Nowawes. Lebensmittel. Auf den Kartenabschnitt 56 der Lebensmittelkarte findet die Ausgabe von Käse statt. Die Karteninhaber haben bis Montag, den 7. Januar, den Lebensmittelabschnitt 56 bei dem Kleinhändler abzugeben, bei dem sie die Ware zu beziehen wünschen. Sie erhalten hierauf eine Bescheinigung gemäß § 6 Absatz 2 der Verordnung über Lebensmittelkarten vom 9. November 1916. Die Warenmenge, die auf den Kartenabschnitt 56 entfällt, wird noch bekanntgegeben. — Bis Montag, den 7. Januar, findet auf dem Kartenabschnitt 45 der Lebensmittelkarte der Verkauf von Räucherwaren statt. — Bis Montag, den 7. Januar, findet auf den Kartenabschnitt 31 der Lebensmittelkarte der Verkauf von Seefischen statt.

Spandau. Lebensmittel. In den städtischen Verkaufsstellen im Rathause gelangen während der festgesetzten Verkaufszeit Konserven zu den durch Aushang bekanntgegebenen Preisen zum Verkauf. Ebenso im Laden Pichelsdorfer Str. 23 wochentäglich in der Zeit von 10 bis 4 Uhr.

Gestörte Fernsprechleitungen. Die Störungen der Fernsprechleitungen nach außerhalb bestehen noch; besonders nach Sachsen und Süddeutschland.

Drei Opfer eines Kriegs-Neujahr-Schnapses. Durch eine rätselhafte Alkoholvergiftung sind drei Personen im Laufe dieser Woche ums Leben gekommen. In Lichtenberg wohnt der 63jährige Sattlermeister Enkmann. Ihn besuchten am Neujahrstage sein Stiefsohn, der Instrumentenmacher Fritz Böhm, und sein Schwiegersohn, der Lackierermeister Oskar Pfander aus Neukölln, um dem Vater zum neuen Jahre Glück zu wünschen. Enkmann setzte nun seinen beiden Gästen einen Likör vor, und alle drei tranken mehrere Gläser davon. Der alte Herr erzählte, daß der Likör ihm als eine ganz ausgezeichnete Ware verkauft worden sei. Alle drei Männer plauderten noch eine Stunde zusammen und die beiden Söhne begaben sich dann nach ihren Wohnungen. Gegen Abend stellte sich aber bei allen Dreien ein heftiges Uebelbefinden ein, so daß die besorgten Frauen ärztliche Hilfe in Anspruch nahmen. Es konnte festgestellt werden, daß bei den Erkrankten Alkoholvergiftung schwerster Art vorläge und daß wenig Aussicht auf Erhaltung des Lebens bestände. In der Tat ist dann der Lackierermeister Pfander am 3. Januar, Enkmann und Böhm tags darauf gestorben. Der sofort benachrichtigten Kriminalpolizei ist es bisher noch nicht gelungen, die Herkunft des verhängnisvollen Likörs zu ermitteln.

Den Schwiegervater erschossen!

Eine schwere Bluttat wird vom gestrigen Sonntag morgen aus Neukölln gemeldet. Dort hat ein junger Arbeiter in der Nacht zum Sonntag seinen Schwiegervater erschossen. Wir erfahren darüber folgende Einzelheiten: Der 26jährige Arbeiter Fritz Berndt in Neukölln, Schillerpromenade 10 wohnhaft, hatte sich vor etwa zwei Jahren mit der Tochter des Schlächtermeisters Julius Wolf, der im Hause Steinmetzstr. 68 wohnte, verheiratet. Der junge Mann, der bisher durchaus solide und anspruchslos war, scheint in schlechte Gesellschaft geraten zu sein. Er ergab sich einem liederlichen Lebenswandel und ließ Frau und Kind in dürftigen Verhältnissen leben. Deshalb kam es zwischen den Ehegatten häufig zu heftigen Auseinandersetzungen. Als Berndt am vorigen Sonnabend abend nach seiner Wohnung zurückkehrte, und dort nur eine geringfügige Summe Geldes der Frau zum Leben gab, kam es wiederum zu einem Streit zwischen Beiden. Das Ende dieser ehelichen Szene war, daß die junge Frau sich mit ihrem Kinde zu ihren Eltern in der Steinmetzstraße begab. Davon erhielt B. durch Nachbarsleute Kenntnis und es gelang ihm nachts in das Haus seiner Schwiegereltern einzudringen. Gegen 4 Uhr morgens klingelte er heftig an der Wohnungstür und verlangte, daß seine Frau und sein Kind ihm sofort nach Hause folgen sollten. Der Schlächtermeister öffnete in der Absicht, den Tobenden zu beruhigen die Wohnungstür. Zwischen beiden Männern entspann sich nun ein heftiger Wortwechsel, der schließlich damit endete, daß Berndt einen Revolver zog und zwei Schüsse auf seinen Schwiegervater abgab. Wolf sank blutüberströmt tot zu Boden; er hatte den ersten Schuß in den Unterleib und einen zweiten in die rechte Schläfe erhalten. Dem Täter gelang es mit hochgehaltenem Revolver durch die inzwischen alarmierten Hausbewohner zu flüchten, er wurde jedoch von der Kriminalpolizei am Sonntag vormittag festgenommen.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittag. Zeitweise aufklärend, jedoch vorwiegend trübe, mit meist geringen, nur an der Küste etwas stärkeren Niederschlägen, zunächst weitere Abkühlung, später neue Erwärmung.

Soziales.

Versorgung der Tuberkulösen.

In einem Erlaß des Preußischen Staatskommissars für Volksernährung über die Regelung der Krankenversorgung wird, von der Tatsache ausgehend, daß in den letzten Monaten die Sterblichkeitsziffer von 1913 um 50 Proz. überschritten worden ist, angeordnet, daß die für die Insassen der Lungenheilanstalten geltende Normalration auch auf die tuberkulösen Hauskranken anzuwenden ist. Angestrebt soll werden, daß an alle Tuberkulösen eine Kartoffelration von 10 Pfund pro Kopf und Woche abgegeben wird. Die Wochenkopfmenge an Fleisch soll 500 Gramm betragen, eine Menge, die — nach dem Erlaß — durch Voranschlag der Reichsfleischstelle sichergestellt worden ist. Die jetzige Normalration für Tuberkulöse beträgt zurzeit:

Brot: 2 Kilogramm wöchentlich.
Fleisch: 500 Gramm wöchentlich.
Milch: 1 Liter pro Kopf und Tag.
Butter: mindestens 250 Gramm wöchentlich.
Käse: 400 Gramm monatlich.
Eier: 4 Eier wöchentlich.
Nährmittel (Graupen, Grütze, Haferfabrikate usw.), Hülsenfrüchte (Erbsen, Bohnen, Linsen) und Teigwaren nach Maßgabe der jeweils zur Verfügung stehenden Bestände, pro Kopf und Monat insgesamt 2000 Gramm.
Brotaufstrich (Marmelade, Kunsthonig, Rübensaft) pro Kopf und Monat insgesamt 1000 Gramm.
Kartoffeln: 10 Pfund wöchentlich.

Dazu ist ausdrücklich zu bemerken, daß diese Sätze Mindestsätze sind.

Allerdings ist diese Normalration nicht buchstäblich aufzufassen, denn, so heißt es in dem Erlaß weiter, „das Wesentliche der Normalration ist nicht ihre genaue Zusammenstellung nach vorstehendem Muster, sondern ihr Nährwert. Wenn einzelne der angegebenen Lebensmittel nicht geliefert werden können, so ist nach Möglichkeit durch andere Nährmittel Ersatz zu leisten". Angewiesen werden die Regierungspräsidenten und die staatliche Verteilungsstelle für Groß-Berlin, unverzüglich durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß die vorstehenden Sätze nunmehr in allen Kommunalverbänden wenigst bei Brot, Fleisch, Kartoffeln, Fett, Nährmitteln und Aufstrich auch tatsächlich erreicht werden. Besondere Berücksichtigung sollen dabei die werdenden und stillenden tuberkulösen Mütter erfahren.

Da kein Zweifel besteht, daß die hohe Sterblichkeit der Tuberkulösen in der letzten Zeit auf Unterernährung zurückzuführen ist, wäre allerdings wünschenswert, daß diese bescheidenen Normalrationen diesen Kranken auch tatsächlich zuteil würden. Da aber in dem Erlaß auch wieder gesagt wird, daß den Kommunalverbänden von zentraler Seite Zuschüsse nur ganz ausnahmsweise, und zwar nur dann, wenn außergewöhnliche Verseuchung mit Tuberkulose vorliegt oder die Ansiedlung zahlreicher Heilstätten es bedingt, zuteil werden können, so wird der Erlaß doch in vielen Fällen lediglich auf dem Papier stehen.

Aus aller Welt.

Kriegsgewinne der Moorbauern. Die Moorbauern der Hammeniederung (Hannover) haben beim Torfstechen noch nie solche großen Gewinne wie in diesem Jahre gehabt. Viele Familien hatten eine Jahreseinnahme von 10 000 M. und darüber. Dieser Betrag stellt fast den Reinverdienst dar, denn die Arbeit wird von Familienmitgliedern geleistet und das Moor kostet ihnen nichts.

Wuchertaxen eines Dienstmannes. Ein Dienstmann in Kassel, der sich für einen zur Wilhelmshöhe mit Beförderung eines Reisekoffers von 150 Pfund Gewicht gemachten Botengang 20 M. hatte zahlen lassen und für einen kurzen Botengang 5 M. genommen hatte, wurde von der Strafkammer zu 70 M. Geldstrafe verurteilt. Es wurde strafbare Uebertretung der Gewerbeordnung und Ueberschreitung der Dienstmannstaxe angenommen. Der Staatsanwalt hatte wegen wucherischer Preisüberforderung 3 Monate Gefängnis beantragt. Die kleinen Wucherer hängt man . . .

Für 120 000 M. Eisenbahngüter gestohlen. Die in Hameln aufgedeckten Bahnhofsdiebstähle übertreffen bei weitem alles, was bisher an solchen Diebstählen vorgekommen ist. Nachdem vor kurzem ein Packmeister verhaftet wurde, bei dem sich für 10 000 M. gestohlene Güter befanden, wurden jetzt ein Weichensteller und ein Rangierer festgenommen, die für etwa 120 000 M. Waren gestohlen haben. Zur Fortschaffung der gewaltigen Diebesbeute waren 10 mit Pferden bespannte Wagen nötig. Es handelt sich hauptsächlich um Kleidungsstücke, Stoffe und Nahrungsmittel.

Abgebrannt ist in der Nacht zum 5. d. M. das bekannte Ausflugslokal „Alter Tornow" auf der Halbinsel Küssel bei Potsdam. Das Wirtschaftsgebäude wurde fast vollständig ein Raub der Flammen. Der Schaden ist erheblich, die Ursache des Feuers unbekannt.

Das Schläfchen in der Badewanne. Recht eigenartige Quartiere bevorzugt der Arbeiter Otto Pijoch aus Potsdam. Am 25. November bettelte er im Hause Mangerstraße 14 und legte sich dann auf den Trockenboden. Am 28. November stieg er in den Keller des Gärtners Rieck, suchte sich aus einem Kasten Werkzeuge zur Aneignung aus und vor Müdigkeit legte er sich in eine Badewanne. Dort wurde er schlafend gefunden. Die Potsdamer Strafkammer verurteilte ihn wegen Bettelei, Hausfriedensbruches und versuchten schweren Diebstahls zu 2 Monaten, 2 Wochen Gefängnis und 1 Woche Haft, die als verbüßt gilt.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Inserate: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Admiralspalast
7½ Uhr:
Deutsche Tänze von Schubert.
Abrakadabra.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit., geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobteste Methoden Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutuntersuchung.
Königstr. 34/36, Bahnhof Alexanderpl.
Spr. 10—1u. 5—8, Sonnt. 10—1

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh.
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speg. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise, Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Die Einäscherung unseres Mitgliedes Frau
Berta Donbrowski,
Schöneberg, Belziger Str. 58, erfolgt morgen, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße 37.
Ehre ihrem Andenken!

! Hautjucken
(Krätze (wirksames Spezialmittel
5 M. Dopp. Portionen (2 Pers.) 10 M.
Apoth. Lauensteins V. ra. Spremberg L. 44

Hämorrhoiden-Mittel, 1000fach bewährt M. 5.50 u. 9.00; Prosp. frei.
Apoth. Lauensteins Versand, Spremberg L. 44.

Meine Flechte
zu deren Beseitigung mir von Aerzten seit etwa einem Jahre alle möglichen Mittel verschrieben werden, die aber nichts halfen, ist jetzt durch Ihr Spezialmittel fast
verschwunden.
Ehdg. Walter W. Reichels Flechtenbalsam, seit 25 Jahren glänzend bewährt M. 3.25. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß.
Friedrichst. 125 (Oranienb. T.).
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 T.). Blutuntersuch. Schnelle, sichere schmerzl. Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 252/12*
Sprechstund.: 11—1 u. 6—8.

Lombard-Haus
H. Graff, Leipzigerst. 75 II
Zentrum 1964 — 9—2 u. 3—7 geöffnet
Volle normale Beleihung Diskretion, Reellität. Gelegenheitsk., Uhren, Brillanten, Schmucksachen 10—50% unt. Ladenpr.

Uhren-Goldwaren
Piltz & Co., Lindenstr. 100.

Deutsche Papier-
Fahrradbereifung
Vollwertiger Ersatz für Gummi. Hält allen Witterungs- und Straßenverhältnissen Stand. Bei großen Betrieben bereits eingeführt.
Preis für eine Fahrrad-Garnitur komplett inkl. Einziehen M. 30.— ab Fabrik netto Kasse gegen Nachnahme oder vorherige Zahlung.
Probereifen zur Besichtigung am Lager.
Vertreter überall gesucht. 1271L*
Räder erbitten lose, ohne Rahmen.
DEUTSCHE PAPIER-RADBEREIFUNGS-FABRIK
Generalvertrieb: LUXELLY, Chemische Produkte
Berlin-Schöneberg I, Grunewald-Straße 50 ptr.

Zähne m. echt. Kautschuk 3,50 M. 5 Jahre Garantie Zahnzieh. m. Betäub.
bei Bestellung v. Gebissen gratis. Goldkronen v. 20 M. an. Spez.: Zähne ohne Gaumenpl. **Zahnpraxis Hatvani**, Danziger Straße 1 Ecke Schönh. Allee.

Kutscher
umsichtig und erfahren, für Lohnfuhrbetrieb verlangt. Meldungen mit Zeugnissen werktägl. 8—11 Uhr an
Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft
Kraufenstraße 10. 15632*

Dauerwäsche!
Mit DUALIN, Dauerwäsche-Präparat, D. R. Pa., ges. gesch., macht jeder seine Kragen, Stulpen, Oberhemden
::: abwaschbar :::
Packung, ausreichend für zirka 20 Kragen oder entsprechende Anzahl Wäschestücke Mk. 2.50.
Generalvertrieb: LUXELLY, Chemische Produkte, Berlin-Schöneberg I, Grunewaldstraße 50, parterre.
Vertreter überall gesucht. 1242L*

Hilfe
bei allen Nieren-, Nervenleiden finden Sie im Institut (auch Homöopathie). Urin- und Blutuntersuchungen. Schnelle, gründliche, mögl. schmerzlose Behandlung. Erprobteste Methoden. Haedecke, Berlin, Oranienstr. 50, Moritzpl. 8-10, 1-2, 6-8. Sonnt. 8-10.

Spezial-Arzt f. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institute
Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechstunden ½12—2, ½6—½10 Uhr abends. Sonntags ½11—1 Uhr.
Aufklärende 48 S. starke Broschüre 50 Pf., nach außerhalb 1 M. in verschl. Kuvert.
Dr. med. Karl Reinhardt.